

An die Verwaltung der Stadt Löhne  
vertreten durch den Bürgermeister  
Oeynhausener Straße 41  
D – 32584 Löhne

## **Anfrage**

Unser Az: 019/2026

Titel:

Schutz der Bevölkerung vor terroristischen Anschlägen auf die kritische Infrastruktur in Löhne

Hintergrund:

Anfang des Jahres 2026 kam es in Berlin zu einem linksterroristischen Terroranschlag auf die kritische Infrastruktur, in dessen Folge sich ein mehrtägiger Stromausfall in mehreren Berliner Stadtbezirken ereignete. Aufgrund des linksterroristischen Hintergrunds hat die Generalbundesanwaltschaft die Ermittlungen an sich gezogen. Betroffen waren nach amtlichen Angaben etwa 45.000 Haushalte, was in etwa der Bevölkerung Mindens entspricht. Laut eingegangener Schreiben hat sich die linksextreme „Vulkangruppe“ zu diesem terroristischen Brandanschlag auf die Stromleitung bekannt.

Somit wandelt sich eine früher als „abstrakt“ bezeichnete terroristische Gefährdung zu einer konkreten Gefährdung für die Bevölkerung. Wie der linksterroristische Terroranschlag in Berlin zeigte, nehmen die Terroristen (m/w/d) mittlerweile auch das Risiko von Gesundheitsschäden bei Menschen billigend in Kauf.

Vor diesem Hintergrund bittet die CDU-Fraktion um schriftliche Beantwortung der nachstehenden Fragen in der nächsten Sitzung des Rates:

1. Gibt es bereits Krisen- oder Notfallpläne der Stadt zur Versorgung der Bevölkerung bei einem längerfristigen, aber auch kurzfristigen Ausfall der Energieversorgung? Wenn ja, welche Inhalte weisen diese Pläne auf? Wenn nein, inwieweit wird aus Sicht der Verwaltung beabsichtigt, entsprechende Pläne zu entwickeln?
2. Inwieweit gibt es seitens der Stadt und ihrer Einrichtungen redundante Systeme zur Versorgung der Bevölkerung mit Energie und/oder Wärme?

3. Gibt es eine Konzeption der Stadt zur Versorgung von besonders vulnerablen Gruppen (ältere Menschen, Kranke, Kinder etc.)? Wenn ja, welche Inhalte weist diese Konzeption auf? Wenn nein, inwieweit wird aus Sicht der Verwaltung beabsichtigt, entsprechende Konzepte zu entwickeln?
4. Wie wird die Bevölkerung im Krisenfall z.B. einem terroristischen Anschlag über Hilfsangebote informiert?
5. Inwieweit wird die kritische Infrastruktur der Stadt überwacht (Auskunft unter Berücksichtigung des öffentlich Kommunizierbaren)?
6. Inwieweit ist die Stadt in der Lage, entstandene, auch größere Schäden innerhalb eines überschaubaren Zeitraums zu beheben?

Löhne, den 21. Januar 2026

gez. Prof. Dr. Maik Büssing  
Fraktionsvorsitzender

gez. Friedhelm Abke  
stellv. Fraktionsvorsitzender